

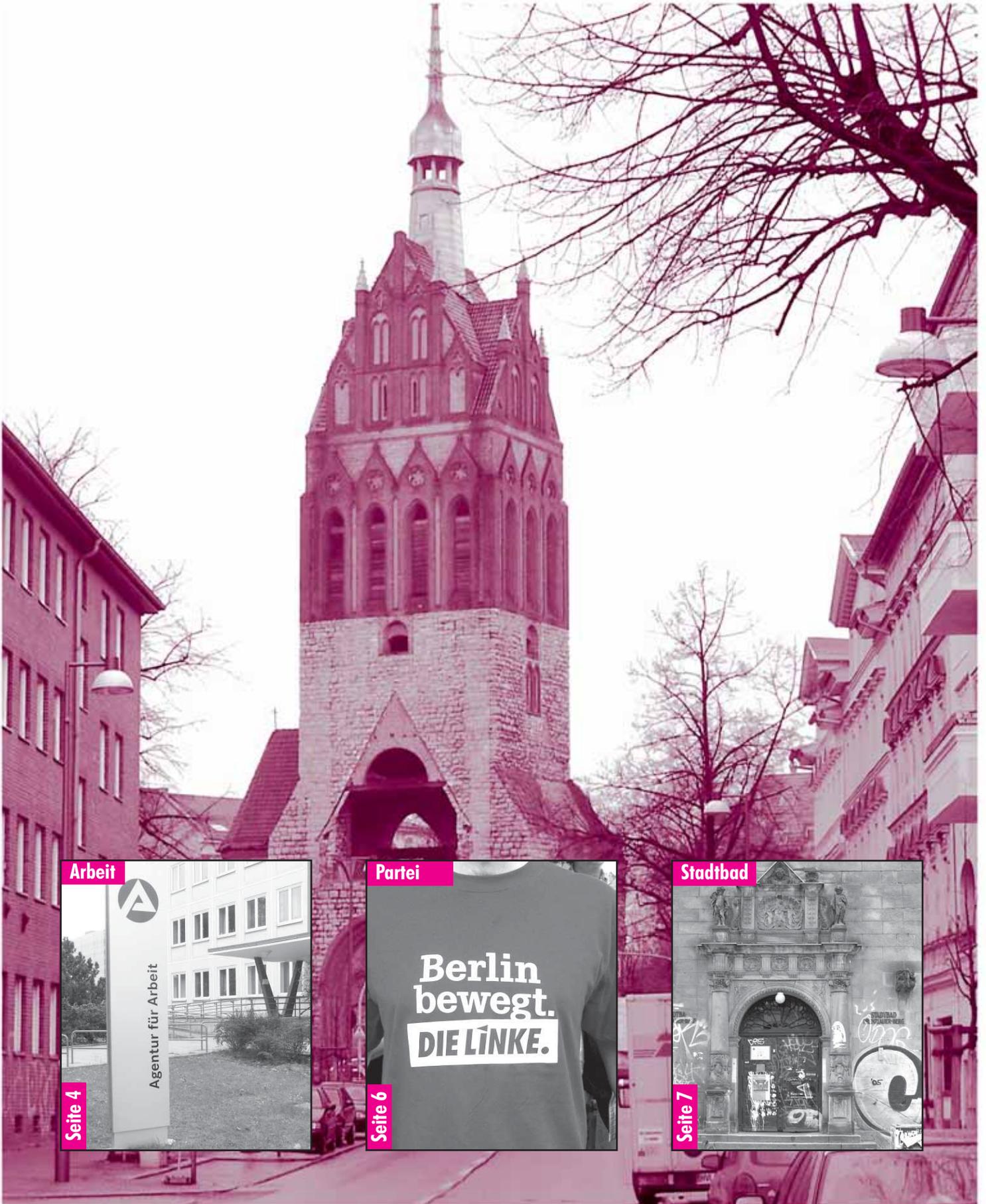
DIE LINKE.

PDS

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Februar 2007



Arbeit



Agentur für Arbeit

Seite 4

Partei

Berlin
bewegt.
DIE LINKE.

Seite 6

Stadtbad



Seite 7

Aus der Bezirksverordnetenversammlung

Wir üben noch

Es war bereits die 4. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Aber einen Preis in Sachorientierung hätten wir kaum bekommen. Dabei fing alles gut an: Ein Streichquartett der Musikschule Pankow eröffnete die Sitzung und

Anfragen, deren Skurrilität kaum noch zu toppen ist. So hat Pankow rund 18.000 Schlaglöcher. Die FDP hielt es dennoch für nötig, ein Einzelnen in der BVV zu thematisieren.

Die CDU sorgte sich um den Klimawandel und findet es doof, dass die Bezirksamtsmitarbeiter am Tag des Kyrill um 15 Uhr nach Hause geschickt wurden. Was Sachbearbeiter im Katastrophenfalle hätten tun sollen, ließ sie offen. Die Union drängte aber darauf, dass die Mitarbeiter auch ja die Arbeitszeit nachholen.

Die Grünen betreiben munter Wahlkampf und beantragen Rederecht für Bürger zu Anträgen, für die der Ältestenrat längst Konsens signalisiert hatte. Langjährige gute Praxis ist es, die BVV vor Debatten zu bewahren, über die ohnehin Einigkeit besteht.

Die so gewonnene Zeit soll strittigen Themen zu gute kommen. Den Grünen ist das Schnurz. Sie nutzen jede Gelegenheit, sich lächerlich zu machen.

Ansonsten scheint auch diese BVV, eine Meisterin im Überweisen von Anträgen zu werden. Die Links-

fraktion hatte dringenden Handlungsbedarf in Sachen Hartz IV festgestellt. Beim Jobcenter liegen 6.000 Widersprüche, die teilweise seit zwei Jahren unbearbeitet sind. So gab es den Antrag, eine Ombudsstelle einzurichten. Sie soll sich der dringlichsten Fälle annehmen.

Statt den Antrag mit den notwendigen Ergänzungen zu beschließen und an der konkreten Ausgestaltung den Fachausschuss zu beteiligen, wurde der Antrag nun erst wieder in den Ausschuss überwiesen. So dringlich scheint es denn doch nicht zu sein.

Die Grünen stellten den Antrag, die Sitzungsräume der Ausschüsse zu renovieren, obwohl die letzte BVV beschlossen hatte, dies erst zu tun, wenn alle Schulen instandgesetzt sind. Statt diesen Antrag einfach abzulehnen, wurde abermals überwiesen. Mit ihrer Anregung, die Bezirksverordneten sollten in einem Subbotnik die Räume selbst verschönern, drang die Linksfraktion nicht durch. Das wäre doch mal was gewesen.

Sören Benn
Bezirksverordneter



zeigte, wie es geht, wenn man sich auf die Sache konzentriert, jeder etwas anderes spielt und es am Ende trotzdem gut klingt.

Nachdem in der Bürgerfragestunde erneut das Cafe Garbaty Thema war, zu dem ein verschnupfter Stadtrat Nelken gelassen Stellung nahm, gab es satte acht mündliche

Programm gegen Rechtsextremismus

Mit dem Auslaufen des Bundesprogramms zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt und der Einführung des neuen Bundesprogrammes „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wurde aus Sicht der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow die Erarbeitung eines neuen Aktionsplanes nötig.

Dieser ermöglicht es dem Bezirk, sich an einem Interessenbekundungsverfahren für das neue Bundesprogramm zu beteiligen. Dazu hat unsere Fraktion auf der Januarsitzung der BVV einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Das neue Bundesprogramm orientiert sich stärker als bisher auf die

kommunale Anbindung der zu fördernden Projekte mit dem deutlichen Focus auf eine Einbettung in die lokalen Strukturen.

Es orientiert weiterhin auf die Vernetzung mit anderen vor Ort engagierten und einflussreichen Akteuren.

Dies hat zur Folge, dass den lokalen Aktionsplänen ein größeres Gewicht als bisher zukommt.

Gleichzeitig wurde das Bezirksamt aufgefordert, relevante Träger zu einer Teilnahme an einem Landesprogramm zur Förderung von Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu ermutigen und zu unterstützen.

Mit dem Auslaufen des bisherigen Bundesprogramms ist das Fortbestehen der Netzwerke und Strukturen, die es getragen haben, gefähr-

det. Die Linksfraktion hofft, dass das Landesprogramm den Erhalt dieser Strukturen ermöglicht.

Auf Bundesebene hatte die Linkspartei das Vorgehen der Bundesregierung stark kritisiert. Zum einen herrschte über einen langen Zeitraum völlige Unklarheit über die Ausgestaltung des neuen Bundesprogramms.

Zum anderen entsteht durch die Neuausrichtung ein Finanzierungslöcher für die freien Träger der Jugendhilfe, die bisher durch das Bundesprogramm gefördert werden. Der Bund, so die Linksfraktion im Bundestag, gibt hier Aufgaben an die Kommunen ab, ohne dafür die finanziellen Voraussetzungen geschaffen zu haben.

Anja Stiedenroth
Bezirksverordnete

Der neue Stadtrat im XXL-Ressort

Kritik ist Lebenselixier

extraDrei sprach mit Dr. Michail Nelken, Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung:

Michail, seit Dezember 2006 bist Du Bezirksamtsmitglied. Hast Du Deine stadtweit bekannte Ledermütze mit einem Schlips getauscht?

Schlips trage ich immer noch nicht. Unternehmer und Lobbyisten gewöhnen sich daran. Meine Ledermütze habe ich noch. Aber die bekannte Stoffmütze wurde mir während einer Beratung aus dem Sekretariat des Bauamtsleiters gestohlen. Das ist besonders ärgerlich.

Du warst von 1995 bis 2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und hast Dich dort als linker Bau- und Stadtentwicklungspolitiker profiliert. Welche Erfahrungen als Parlamentarier nützen Dir jetzt als Stadtrat?

Für die Stadtentwicklung und Bauleitplanung, das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sowie den Denkmalschutz und die Stadterneuerung sind mir diese Erfahrungen und Kontakte sehr nützlich. Ich begegne in meiner jetzigen Tätigkeit vielen Leuten wieder, mit denen ich insbesondere in den letzten Jahren unserer Regierungstätigkeit in Berlin zusammengearbeitet habe. Allerdings bin ich mir nicht sicher, ob nicht einige Mitarbeiter der Senatsverwaltung auf dieses rasche Wiedersehen gerne verzichtet hätten. Ich bin jetzt mit der Umsetzung von Gesetzen konfrontiert, an deren Ausarbeitung ich aktiv beteiligt war. Dabei muss ich jetzt der Verwaltung erklären, was sich der Gesetzgeber dabei so gedacht hatte. Was nicht immer angenehm ist.

Du hast nicht mit Kritik an der Rot-roten Koalition gespart. Was dürfen wir von einem Stadtrat Nelken, der mit dem Senat zusammenarbeiten muss, erwarten?

Ja, ich muss und will mit den Senatsverwaltungen in meinem Verantwortungsbereich zusammenarbeiten. Das schließt nicht aus, dass

Konflikte nicht offen ausgetragen werden können. Sachliche Kritik und die Fähigkeit zur Selbstkritik sind für mich unverzichtbare Eigenschaften linker Politik - ihr Lebenselixier. Man darf auch zukünftig mit meiner offenen Kritik am rot-roten Regierungshandeln, aber auch an unpolitischen Oppositionsattitüden rechnen. Das ist der einzige Weg zur Verbesserung. Die Mär, dass der offene Umgang mit den eigenen Unzulänglichkeiten dem politischen Gegner nutze, diente schon immer den „Führungen aller Couleure“, sich gegen Kritik aus den eigenen Reihen zu immunisieren.



Dein Ressortzuschnitt mutet mit Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung ziemlich zusammengewürfelt an. Gibt es dennoch Schnittstellen und kannst Du daraus innovative Ideen entwickeln?

Es gibt ganz außerordentliche Überschneidungen. Wesentliche Faktoren der Stadtentwicklung sind die Kultur- und die Wirtschaftsentwicklung. Die Kulturentwicklung wird im Bezirk wesentlich bestimmt vom Umgang der Kommune mit den öffentlichen und landeseigenen Räumen sowie von der Entwicklung der Kulturwirtschaft. So wie die letztere ein Motor der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung im Bezirk ist, wie die Kulturwirtschaftsstudie für Pankow

erst kürzlich gezeigt hat. Ob und wie viel Innovatives wir in diesem Kontext anschieben können, wird ein Faktor unseres Erfolges sein.

Den Erhalt der kulturellen Vielfalt hat sich die Pankower Linkspartei auf die Fahnen geschrieben. Trotzdem mussten in den letzten Jahren Kultureinrichtungen schließen. Kannst Du die bezirkliche Kultur trotz Einsparungen weiterentwickeln?

Der Einspardruck auf die Kulturausgaben wird in den kommenden Jahren noch größer werden. Zum einen, weil der Bezirk mit seinen Ausgaben für Kultur nach wie vor eine Spitzenstellung in Berlin einnimmt. Zum anderen, weil zugleich der Bezirk mit erheblichen „Altschulden“ belastet ist. Deren Abbau ist in einem Sparprogramm vorgesehen, das mit den Stimmen der Linkspartei dem Bezirk vom Land aufgenötigt wurde. Der abnehmende Kulturetat schließt eine qualitative Weiterentwicklung von öffentlichen Kulturangeboten nicht aus. Aber sie wird unter diesen Bedingungen weiterhin den finanziellen Abbau kompensieren müssen.

Du hast gefordert, dass die Linkspartei in der Koalition nicht in Kompromissen stecken bleiben darf. Wie willst Du diese Forderung als Stadtrat selbst umsetzen?

Genauso wie ich es für die Landpolitik stets gefordert und praktiziert habe. Kompromisse sind in der Politik - wie im Alltagsleben - unausweichlich und sozial sinnvoll. Entscheidend ist, ob die Kompromisse der Erreichung politisch vertretbarer Ziele dienen oder aber der Absicherung der eigenen Machtstellung. Ich will versuchen, nicht in der Alltagsverwaltung von Politik unterzugehen, sondern Akzente für eine soziale, eine sozialistische Politik zu setzen. Die Betroffenen, die Beteiligten und Partner von Politik sollen merken, dass hier ein Linker in der politischen Verantwortung steht.

Interview: Andreas Bossmann

Linkes Projekt

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Ein Schwerpunkt der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus ist der Abbau der Arbeitslosigkeit. Auch wenn, durch den gegenwärtigen Konjunkturaufschwung, die Anzahl der Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ansteigt, wird es auch in Zukunft Arbeitslose geben, die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Ihre Kompetenzen sowie ihr Potential an Wissen und Erfahrungen liegen brach und könnten gesellschaftlich sinnvoll eingesetzt werden.

Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), wollen wir Langzeitarbeitslosen nicht nur eine (berufliche) Perspektive

das sind die Entgelte aus den sogenannten 1 Euro Jobs – und zum anderen die passiven Leistungen, darunter fallen die Regelleistungen, also Arbeitslosengeld II und die Sozialversicherungsbeiträge sowie die Kosten für die der Wohnung.

Eine Bündelung dieser Gelder würde einen Grundstock von rund 900 Euro brutto pro Beschäftigten ergeben. Diese Summe wollen wir mit Mitteln aus dem europäischen Sozialfond aufstocken, um dann damit existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu finanzieren.

Solange eine Bündelung der aktiven und passiven Leistungen nicht zulässig ist, wollen wir, vorübergehend, eine andere Finanzierungsvariante verwenden. Schon jetzt existieren nach dem SGB II, also den sogenannten Hartz Gesetzen, die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante.

Daraus begründen sich, anders als bei den 1-Euro-Jobs, reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, bei denen alle Aufwendungen aus Bundesmitteln getragen werden. Diese Arbeitsverhältnisse in der Entgeltvariante wollen wir für den ÖBS mit Landesmitteln (Wohnkosten und ESF-Mittel) aufstocken, so dass sie existenzsichernd sind. Für einen solchen Weg müssen die Regionaldirektion Berlin/Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit und die beteiligten Job Center zustimmen. Entsprechende Verhandlungen werden mit ihnen geführt.

Bereits im September des letzten Jahres haben wir vier Modellprojekte als Beispiele für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gestartet, davon eines in Pankow bei „Paula Panke“. Hier wird individuelle Kinderbetreuung außerhalb der Kitaöffnungszeiten durch langzeitarbeitslose ErzieherInnen bzw. speziell geschulte Betreuungskräfte angeboten und schon jetzt kann das Projekt die Nachfrage nicht befriedigen.

Das zeigt, dass es nicht nur gute Ideen, sondern auch einen Bedarf für einen ÖBS gibt. Im März wird die Arbeitsverwaltung eine Fachtagung zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor durchführen und anschließend wird ein Ideenwettbewerb für Projekte ausgeschrieben. Gleichzeitig wird ein Beirat eingerichtet, der die Arbeit im ÖBS begleitet und unter gesellschafts-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten auswertet.

Im Frühsommer sollen die ersten Stellen ausgeschrieben werden, auf die sich Langzeitarbeitslose dann ganz regulär und ohne Zwang bewerben können.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses



auf eigenständige und existenzsichernde Erwerbsarbeit eröffnen, sondern zugleich auch gesellschaftlich wichtige und sinnvolle Arbeit organisieren.

Denkbar sind z.B. Projekte, die der sozio-kulturellen Infrastruktur dienen, z.B. der Stadtteil-, Jugend-, Kultur-, oder der Umweltarbeit.

Die Mittel für einen ÖBS sind vorhanden. Man müsste nur die Gelder, die bisher zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit nach den Hartz IV-Gesetzen verwendet werden, zusammenfassen können: Das wären zum einen die aktiven Leistungen,

Noch scheitert dieser Vorschlag der Zusammenfassung der Gelder an der Bundesregierung, die dies nicht zulassen will. Die Berliner Arbeitssenatorin Knake-Werner und Wirtschaftsminister Wolf werden aber auch weiterhin bei ihren Gesprächen mit Bundesarbeitsminister Müntefering auf eine Lösung drängen.

Linkspartei.PDS und SPD haben in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, den Einstieg in einen ÖBS mit 2500 Arbeitsplätzen zu wagen - unabhängig von der Entscheidung auf Bundesebene.

Gleichbehandlung und Ehrenbürgerwürde

Jahr der Chancengleichheit



2007 — Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle

Das Jahr 2007 wurde auf Initiative der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit“ ausgerufen. Dieses Jahr soll alle Menschen in der Europäischen Union für ihre Rechte auf Gleichbehandlung und für ein Leben ohne Diskriminierung sensibilisieren. Es wird eine länderübergreifende Debatte über den Nutzen von Vielfalt für die europäischen Gesellschaften und für die einzelnen BürgerInnen initiiert.

Durch vielfältige Aktivitäten soll nachhaltig Diskriminierung abgebaut werden, unter denen eine Vielzahl von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder Weltanschauung immer noch zu leiden haben. Damit soll unterstrichen werden - Europäerinnen und Europäer haben das

Recht auf Gleichbehandlung und ein Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung. So sollen Zeichen gesetzt werden, zu Zeiten, in denen in vielen Staaten des Kontinents Nationalismus, Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung zum Alltag gehören. Der Senat von Berlin unterstützt aktiv diese Initiative. Berlin als multikulturelle und weltoffene Metropole lebt von der Vielfalt seiner Bevölkerung. Gerade in einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Stadt mit unterschiedlichen und Lebensweisen ist die Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit eine elementare Voraussetzung für ein friedvolles und gleichberechtigtes Miteinander.

Im Mittelpunkt der Berliner Aktivitäten stehen die Erstellung eines Berliner Aktionsplans gegen

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie ein Aktionsplan gegen jegliche Form von Diskriminierung. Fachtagungen, Aktionstage und thematische Veranstaltungen werden das Jahresprogramm ergänzen. Passend zu diesem Jahr nahm in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine Leitstelle für Antidiskriminierung ihre Arbeit auf.

Nähere Informationen dazu unter: www.berlin.de / Politik und Verwaltung/Senatsverwaltungen/Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales.

Karla Krausnickel

Geschichte ist unteilbar

Nach intensiver Debatte in allen Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses erhielt der Liedermacher und ehemalige Bürgerrechtler Wolf Biermann die Ehrenbürgerwürde Berlins.

Die Linksfraktion hat sich nach langen Diskussionen um die Person Biermann mehrheitlich dafür ausgesprochen, nicht für den Vorschlag der CDU zu stimmen.

Jedoch hat sie sich bei einem entsprechenden Antrag des Koalitionspartner SPD, der diese Ehrung zum Inhalt hatte, enthalten. Warum tun wir uns so schwer mit Wolf Biermann?

Die Gründe dafür liegen im widersprüchlichen Lebensweg Biermanns selbst.

1953 in die DDR gekommen weil zum Sozialismus auf deutschem Boden stand, eckte er bei der SED-Führung in den Folgejahren politisch an. Immer lauter und bitterer wurde seine Kritik an den real existierenden Verhältnissen in der DDR. Den Verlust an gesellschaftlichen Visionen, mangelnde demokratische Mitbestimmung und die Untergrabung individueller Freiheitsrechte durch ein repressives Überwachungssystem thematisierte er in seinen Liedern und Gedichten.

Die Folge: Auftrittsverbot und Isolation.

Im Sommer 1974 lernte ich ihn bei einer Diskussion im Benzer Pfarrhaus auf Usedom kennen. Der Pfarrer bat ihn einige Lieder zu singen. Nach dem Vortrag der schon damals legendären Songs „Comandante Che Guevara“ und „Warte nicht auf bessere Zeiten“ hörte er unvermittelt auf zu spielen, senkte deprimiert den Kopf. Die Anwesenden schwiegen wie er minutenlang. War alles zu den Verhältnissen in diesem Land, die Biermann stets von linken Positionen aus kritisiert hatte, gesagt? Biermann durfte kein Publikum haben, obwohl er es ebenso nötig gehabt hätte, wie die Menschen in diesem Land ihn.

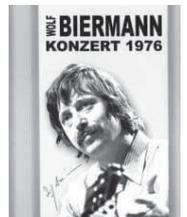
Dann kam 1976 seine Ausbürgerung nach dem Konzert in Köln, ein Akt politischer Willkür, der durch kein Gesetz der DDR legitimiert war. Daraufhin protestierten Künstler und Intellektuelle öffentlich gegen diese Maßnahme der politischen Führung. Biermann war die authentischste Leitfigur der Bürgerrechtsbewegung der DDR und auf der anderen Seite war er ein tragisches Symbol für Unreformierbarkeit des real existierenden Sozialismus. Diese Rolle, diesen Anspruch kann

niemand in Frage stellen.

Biermann hat nach der Wende kein gutes Haar an der gewandelten SED-PDS-Linkspartei gelassen. Der ehemalige Kommunist beschimpfte wo er nur konnte die, die aus ihrer Geschichte gelernt hatten. 2003 hat er den Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten im Irak befürwortet und die Position Gerhard Schröders gegenüber den USA heftig kritisiert. All das macht ihn insbesondere für Linke angreifbar.

Es war politisch klug, dass sich die Linksfraktion nicht mit Beißreflexen auf den Antrag der CDU gestürzt hat. Im Grunde geht es den Konservativen zusammen mit ihren gelben und grünen Partnern nur darum, die Koalition zu entzweien und die Linke öffentlich zu diskreditieren. Ein billiger Trick, auf den nur Blinde reinfallen sollten. In diesem Fall ist eine Enthaltung eine klare Position. Sie liegt in den widersprüchlichen Seiten der Person Wolf Biermann begründet. Damit dürfen wir uns jedoch nicht zufrieden geben. Es ist für die Linkspartei elementar wichtig, dass der kritische Diskurs über die eigene Geschichte nicht einschläft.

Andreas Bossmann



Zwänge und Ansprüche



Zu den Ursachen der Wahlniederlage vom 17. September 2006 erreichten den Landesverband viele Briefe aus der Basis. Er hat diese Zuschriften in Thesen zusammengefasst. Sie zeigen auf, wie Die Linke.PDS Berlin über eine veränderte Politik Wähler zurückgewinnen und ihren Beitrag zur Parteineubildung leisten kann.

Die Briefe beziehen sich auf die politische Arbeit des Landesverbandes und der Fraktion im Abgeordnetenhaus. Sie bringen beeindruckend die Stimmungen von Mitgliedern und Sympathisanten unserer Partei zum Ausdruck. In

ihren Meinungen spiegeln sich historische Erfahrungen, das Wissen um Niederlagen und die vielfältigen Versuche wider, sozialistischen Positionen mehr Einfluss zu verschaffen. Sie artikulieren, welche Inhalte wesentlich sind für die Identifikation mit der Partei.

Das verweist auf eine der wesentlichsten Ursachen der Wahlniederlage: Auf den zunehmend nicht mehr spürbaren Gebrauchswert unserer Partei im Alltag und das mangelnde wahrnehmbare Ringen um soziale Gerechtigkeit. In den Thesen des Landesvorstandes heißt es hierzu u.a.: „Wir haben es nicht vermocht, uns als Ansprechpartner und Interessenvertreter der eigenen Klientel in der Regierung zu etablieren.“

Zum Gebrauchswert gehört der ständige politische Austausch zwischen Vorständen, Fraktionen und der Basis genauso wie die Verankerung in den außerparlamentarischen Bewegungen. Er beinhaltet das Annehmen von Kritik, das Mitnehmen und Einbeziehen der Mitglieder in politische Entscheidungen, insbesondere bei sozialen Einschnitten.

Eine zweite Ursache für die Wahlniederlage hängt mit der Geschichte unserer Partei zusammen: Verlust an Sensibilität, ungenügende Beachtung von Lebensleistungen sowie vorschnelle Wertungen ha-

ben zu Verbitterungen geführt. Der Eindruck der Anbiederung an den Koalitionspartner entstand. Das Aufeinanderprallen von Ost- und Westbiografien und die damit verbundenen widersprüchlichen historischen Erfahrungen müssen in der täglichen politischen Arbeit mehr Gewicht erhalten.

Damit ist eine dritte Ursache verbunden: Die Linke wurde nicht mehr als Vertreterin der ostdeutschen Interessen erlebt.

Letztlich sei darauf verwiesen, dass auch der Alleintritt der WASG Berlin negative Folgen hatte. Wesentlicher aber ist, wie wir in den Thesen des Landesvorstandes feststellen, dass die Regierungsbeteiligung nicht von der Gesamtpartei getragen wurde. Das beförderte ein negatives Image und behinderte die sachliche Auseinandersetzung mit konkreten Entscheidungen im Regierungsalltag.

Regierungsbeteiligung ist ein Lernprozess, der mit Fehlern und deren Korrektur verbunden ist. Ein so komplizierter politischer Prozess unter sich rasant verändernden nationalen und internationalen Bedingungen - geleistet von einer linken, sozialistischen Partei - braucht ständig das Mittun und die Solidarität ihrer Mitglieder und Sympathisanten.

Prof. Dr. Anni Seidl
Landesvorstand

Final Countdown

Die Unterlagen an die Parteitage-delegierten sind verschickt. Die Uhr tickt.

Nachdem Linkspartei.PDS und WASG eingetragene Vereine sind, geht es nun in die letzte Phase des Parteineubildungsprozesses.

Am 24. und 25. März 2007 werden in Dortmund die Delegierten beider Parteitage die Gründungsdokumente für die neue Partei beschließen und den sog. Verschmelzungsbeschluss fassen.

Dies meint, dass die Delegierten der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS zur Partei DIE LINKE zustimmen müssen.

Danach geht dieser Beschluss vom 30.03.-18.05. in die Urabstimmung

beider Parteien. Stimmen die Mitglieder zu, wird die Partei DIE LINKE am 16.06.2007 um 0.00 Uhr das Licht der Welt erblicken. Alles ganz einfach?

„Dieser Weg wird kein leichter sein, dieser Weg ist steinig und schwer...“ so singt Xavier Naidoo. Und tatsächlich war dieser Weg schon bislang nicht einfach und er wird auch nicht einfacher. Die Delegierten in Dortmund haben ein Mammutprogramm vor sich.

Änderungen an den Gründungsdokumenten bedürfen nämlich der Zustimmung beider Parteitage.

Erst wenn dieser Prozess abgeschlossen ist, kann der Beschluss für die Verschmelzung gefällt wer-

den. Dazu ist dann eine Mehrheit von drei Viertel der Anwesenden erforderlich sein.

Soweit alles glatt geht und die Urabstimmung die Verschmelzung bestätigt, werden die Parteitage am 15. Juni 2007 in Berlin zunächst jeweils parallel und getrennt tagen und ihre Vorschläge für den ersten Parteivorstand bestimmen.

Dieser soll aus 44 Personen bestehen und somit hat jede der Parteien ein Vorschlagsrecht für 22 Personen.

Der am 16. Juni 2007 gewählte Vorstand wird für ein Jahr im Amt bleiben.

Halina Wawzyniak
Stellv. Landesvorsitzende

Aus dem Bezirk

Für Gottes Lohn

Im vorweihnachtlichen Dezember war Besuch im Franziskanerkloster in der Wollankstraße 19: Die junge Linkspartei-Basisorganisation „Luise“ wollte mehr über die soziale Arbeit des Klosters erfahren. Und so lernten wir, sachkundig begleitet von Bruder Antonius, die Geschichte des Klosters und einige seiner sozialen Einrichtungen kennen: Suppenküche, Kleiderkammer, Hygienestation.

Täglich ca. 400 Gäste können sich in einem hellen Essensaal aufhalten, der vom Kloster mit Unterstützung des Landes und der Europäischen Union gebaut wurde. Kaum vorstellbar, dass die Gäste noch vor wenigen Jahren unter freiem Himmel beköstigt werden mussten – bei jedem Wetter. Wo jetzt eine richtige Küche zur Verfügung steht, musste lange ein kleines Kabuff herhalten. Bruder Antonius erzählte von den Problemen der Arbeit. Die Essenspenden gehen seit längerem zurück, weil die Lager der Lebensmittelketten umgestellt wurden. Auch die finanzielle Unterstützung schwankt sehr. Das Kloster arbeitet allein mit Spenden. Alle arbeiten „für Gottes Lohn“, wie Antonius es ausdrückte. Immerhin 45 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer



sorgen dafür, dass von Dienstag bis Sonntag warmes Essen auf den Tisch kommt.

Es machte Freude, den Geschichten zu lauschen, die Antonius erzählte. Über die Rolle der Medien, gute – und lediglich gut gemeinte – Hilfen, über die wachsende Ausstrahlung des Klostergottesdienstes auf Pankows Gläubige. Soviel Lebenslust und gute Laune stecken an. Keine Frage war mehr offen, als wir nach zwei Stunden unserer Wege gingen. Vielen Dank!

Geldspenden, Bekleidung, frisches Essen - das sind Dinge, die am

dringendsten gebraucht werden. Es gab schon bessere Jahre. Doch selbst, wenn es eng wird, kommt aber keine Verzweiflung auf. Antonius ist guten Mutes und vertraut auf seinen Herrn. Aber auch dieser braucht seine Werkzeuge.

Wir haben deshalb etwas gesammelt. Schon kleine Summen helfen. Spenden auf das Konto 12 775 56 002, Verwendungszweck: Suppenküche bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00 sind in guten Händen und füllen die Suppentöpfe.

Klaus Lederer

Stadtbad wird saniert

Wir berichteten in der Juniausgabe 2006 über die trüben Aussichten zur Sanierung des Stadtbades in der Oderberger Strasse. Doch nun gibt es überaus positive Signale.

Es ist fast sensationell: Die damals bereits im Gespräch befindliche „Stiftung Denkmalschutz Berlin“ wird die Immobilie als Bauherr für 100 000 Euro von dem jetzigen Eigentümer, der „Genossenschaft Stadtbad Oderberger Strasse“, erwerben. Schon im kommenden Herbst will man mit den Bauarbeiten für die Grundinstandsetzung des Gebäudes beginnen.

Dafür sind 5,1 Mio. Euro vorgesehen. Weitere Investitionen erfolgen durch den bereitstehenden Badbetreiber, die Schweizer Firma Harald Kannewischer.

Vorgesehen sind neue Sanitär- und Waschanlagen, eine Sauna sowie

ein größerer Wellnessbereich. Und nicht zu vergessen: Nach 20-jähriger „Trockenphase“ kommt endlich wieder Wasser in das 25-Meter-Bekken! Ferner ist ein Jugendhotel geplant.

Bereits für Ende 2008 ist die Eröffnung des rekonstruierten Stadtbades geplant und das bei moderaten Preisen. Jedenfalls versprach der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Lothar de Maizière: „Eintrittspreis niedriger als bei den Bäderbetrieben“.

Na, wir werden sehen und auch die sich nun auflösende Genossenschaft, die dann einen Freundeskreis in Form eines Vereins gründen will, wird dies gewiss kritisch begleiten.

Wir wollen nicht drum herum reden: Das Bad wird zukünftig privat betrieben werden. Es muss

sich folglich rechnen. Aber es gibt eben keine andere Möglichkeit zur Rettung dieses ehrwürdigen historischen Gebäudes; vom Senat war keine Hilfe mehr zu erwarten.

Eines bleibt ohne Wenn und Aber festzustellen: Ohne die beharrliche und sachkundige Tätigkeit der Genossenschaft ständen wir heute nicht am hoffentlich baldigen Beginn der Bauarbeiten.

Bleibt anzumerken: In der Genossenschaft waren maßgeblich der frühere PDS-Verordnete Jens Neumann und der jetzige Linkspartei-Bezirksstadtrat Michael Nelken tätig. Ihnen sowie anderen Verordneten am runden Tisch „Stadtbad Oderberger Strasse“, einberufen vom Bürgermeister, ist für ihr Engagement zu danken.

Hans-Joachim Wagner

„Schickelgruber“

Nun ist er in den Kinos – Adolf Hitler, der Übermensch, „dem keiner gewachsen war!“, gespielt von Helge Schneider. Es gibt viele schlechte Filme. Warum nicht einen über Hitler? Erich

Weinert karikierte den Führer schon in den dreißiger Jahren mit den Worten: „Ausgerechnet der?“. Das Thema insgesamt ist nicht neu. Bertolt Brecht „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ oder Chaplin „Der große Diktator“ und andere setzten sich mit dieser Figur auseinander und schufen Kunst mit Weltgeltung.

Sie wollten und haben den Schleier des Mystischen gelüftet und die Erbärmlichkeit dieser Person aufgezeigt.

Nun, mehr als 50 Jahre nach seinem Tod, erfolgt die „Auferstehung“ angekündigt als Komödie. Geht das mit dem größten Verbrecher der Weltgeschichte? So eingestimmt ging ich ins Kino, um zu erleben, was beabsichtigt ist.

Einige Gedanken zur Fabel: Es ist der Jahreswechsel 1944 zu 1945. Der Krieg ist verloren, die Zerstörungen und die Not des Volkes haben riesige Dimensionen angenommen. Der Führer, obwohl er nicht oder schlecht informiert ist, ist deprimiert. Dany Levy, der Regisseur, zeigt, wie der Jude Grünbaum, gespielt von Ulrich Mühe, einst Hitlers Schauspiellehrer, aus dem KZ geholt wird, um den Diktator von seinen Depressionen zu befreien und damit gleichzeitig zu helfen, das Naziregime zu retten. Auf historische Authentizität wird verzichtet. Dennoch, der historisch

Sachkundige findet sehr wohl die Ansätze aus jener Zeit.

In der offiziellen Propaganda wurde der Führer als Übermensch dargestellt. Ich erinnere mich, dass ich 1944 meine Mutter gefragt habe, warum der Führer keine Kinder habe und sie antwortete mit spitzer Zunge: „Dem ist keiner gewachsen“. Darauf spielt die peinliche Sexszene an.

Nun soll es eine Komödie sein, ein Film also, der Lustiges in die Öffentlichkeit bringt. Die Zuschauer und ich, haben die Stellen, die zum Lachen Anlass gegeben hätten, nicht gefunden. Wohl aber Verharmlosungen, die zu falschen Interpretationen führen können. Zum Lachen war mir nicht.

Also was soll dieser Film? Wer hat ihn bezahlt? Soll er Boden bereiten?

Für mich ist die Zeit für eine Komödie über Adolf Schickelgruber noch lange nicht reif!

K.F.



WANNWOWASWANNWOWASWANN

19. Februar 2007

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstands, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

1. März 2007

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

11. März 2007

10 Uhr

5. Tagung des 10. Landesparteitages „Herausforderungen annehmen – Die Linke neu bauen“

26. Februar 2007

18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

5. März 2007

18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

12. März 2007

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

28. Februar 2007

16.00 Uhr

Bürgersprechstunde des Abgeordneten Stefan Liebich, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

7. März 2007

5. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

17. März 2007

10 Uhr

Hauptversammlung der Linkspartei.PDS Pankow, Bezirksamt, Haus 7, BVV-Saal Lichtenberg

Impressum

Herausgeber: Die Linke.PDS
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-pankow.de
eMail: redaktion@pds-berlin-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Februar 2007
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und Stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist Steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.